

Mitteilung
der Landesregierung

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Schreiben des Staatsministeriums vom 30. April 2025, Az.: STM61-0123-6/4/1:

Anbei übermittle ich Ihnen den Bericht an den Landtag über aktuelle europapolitische Themen für das 1. Quartal 2025.

Hassler
Staatssekretär

Eingegangen: 30.4.2025 / Ausgegeben: 6.5.2025

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier; ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Bericht an den Landtag von Baden-Württemberg**über aktuelle europapolitische Themen****1. Quartal 2025**

I. Europapolitische Schwerpunktthemen	2
Auswärtige Kabinetsitzung und Neujahrsempfang in Brüssel	2
Bundesrat.....	5
II. Laufende europapolitische Themen	6
Ausschuss der Regionen	6
Konsultationen des RegionalHub-Netzwerks	7
Europapolitische Gespräche und Veranstaltungen	8
Reisen	11
Dynamischer Europapool	12
Europaöffentlichkeitsarbeit	12
III. Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit	13
Internationale Bodensee-Konferenz (IBK)	13
Makroregionale Strategien	14
Frankreich	15
Vier Motoren für Europa	16
Interreg Oberrhein	16
IV. Entwicklungspolitik	17

I. Europapolitische Schwerpunktthemen

Im 1. Quartal 2025 fand die turnusgemäße auswärtigen Kabinettsitzung mit dem Neujahrsempfang der Landesregierung in Brüssel statt. Die Verabschiedung des Positionspapiers „Anliegen der Landesregierung für den Mehrjährigen Finanzrahmen nach 2027“, die Entschließung des Bundesrats zum 3. Jahrestag des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine auf Initiative Baden-Württembergs und die virtuelle gemeinsame Sitzung der EU-Ausschüsse des Bundesrats und der ukrainischen Werchowna Rada bildeten weitere Schwerpunkte der europapolitischen Aktivitäten des Staatsministeriums.

Auswärtige Kabinettsitzung und Neujahrsempfang in Brüssel

Der 3./4. Februar 2025 stand ganz im Zeichen des Besuchs von Ministerpräsident Winfried Kretschmann und der Landesregierung in Brüssel. Die Auswärtige Kabinettsitzung und der Neujahrsempfang waren dabei die herausragenden Programmpunkte; dazu kamen politische Gespräche in verschiedenen Formaten zu europapolitischen Themen mit zentraler Bedeutung für das Land.

Kommissionspräsidentin von der Leyen als Ehrengast beim Neujahrsempfang

Ministerpräsident Winfried Kretschmann eröffnete den Neujahrsempfang des 4. Februar 2025. Er führte in seiner Rede vier Themenschwerpunkte aus:

- (1) Vorfahrt für Forschung und Innovation und
- (2) Stärken stärken, wobei er darauf verwies, dass Baden-Württemberg nicht im Wettbewerb mit anderen europäischen Regionen stehe, sondern insbesondere mit China und den USA; er unterstrich die Bedeutung, dass wirtschaftsstarke Regionen bei der Transformation unterstützt werden und ihnen mehr Spielräume – etwa im Bereich der Beihilfenpolitik – eingeräumt werden.
- (3) Die Transformation der Automobilindustrie zum Erfolg machen; dabei verwies er auch auf den SDA Baden-Württemberg, der seit 2017 sehr erfolgreich arbeite und
- (4) Europa muss seine Verteidigung selbst in die Hand nehmen.

Kommissionspräsidentin von der Leyen umriss Herausforderungen wie die Stärkung der EU in Verteidigungsfragen und die globalen Herausforderungen im Spannungsfeld zwischen den USA unter der neuen Regierung von Donald Trump, Russland und China. Präsidentin von der Leyen wies in ihrer Rede auch ausdrücklich auf den „Kompass zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas“ hin, den die EU-Kommission am 30. Januar 2025 vorgelegt hat. Dabei verwies sie u.a. auf die Berichte von Letta und Draghi. Sie gab außerdem ein starkes

Bekanntnis für Bürokratie-Abbau und Vereinfachung europäischer Gesetzgebung ab.

Auswärtige Kabinettsitzung mit EU-Kommissar Hoekstra als Gast

Im Rahmen des internen Teils der Kabinettsitzung am 4. Februar 2025 wurden u.a. die europapolitischen strategischen Schwerpunkte der Ressorts 2025 verabschiedet und folgende Themen erörtert bzw. vorgestellt: Stärkung der Grenzräume durch Europäische Territoriale Zusammenarbeit, Zuschlag als EU - „AI Factory“ für das Höchstleistungsrechenzentrum der Universität Stuttgart sowie der weitere Einsatz des Landes für eine einheitliche deutsche Stromgebotzone. Im Gespräch mit EU-Kommissar Wopke Hoekstra, zuständig für Klima, Netto-Null-Emissionen und sauberes Wachstum, wurden u.a. die Punkte Transformation der Automobilwirtschaft, insbesondere die Revision der CO₂-Flottengrenzwerteverordnung sowie die Umsetzung des „Green Deal“, das EU-Klimaziel 2040 und der, „Clean Industrial Deal“ angesprochen.

Positionspapier der Landesregierung zum Mehrjährigen Finanzrahmen nach 2027

Im Rahmen der auswärtigen Kabinettsitzung nahm der Ministerrat das Positionspapier „Anliegen der Landesregierung für den Mehrjährigen Finanzrahmen nach 2027“¹ an. Das Positionspapier legt Eckpunkte für eine Positionierung der Landesregierung im Hinblick auf die Verhandlungen über den nächsten Mehrjährigen EU-Finanzrahmen (MFR) und die EU-Förderperiode von 2028 bis 2035 fest. Das Positionspapier nimmt zu den zentralen Anliegen des Landes in diesem Bereich Stellung. Dabei sind insbesondere folgende Anliegen von Bedeutung:

Für Baden-Württemberg ist die Verknüpfung der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit mit der Umsetzung des Europäischen „Green Deals“ zentral. Deshalb sollte die Förderung der grünen und digitalen Transformation ein Schwerpunkt des neuen MFR sein, dazu gehören auch die Unterstützung und Förderung sogenannter Zukunftstechnologien und die dafür notwendige Förderung exzellenter Forschung.

Im nächsten MFR sollte das Forschungsrahmenprogramm als eigenständiges Programm erhalten bleiben. Gefordert (analog zum Draghi-Bericht) ist eine Verdoppelung des Budgets. Bei der Ausgestaltung muss am Exzellenzprinzip festgehalten werden.

¹ https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-stm/intern/dateien/Europa/250204_Positionspapier_Anliegen_B-W_MFR_nach_2027.pdf

Für die Unterstützung der Transformation der Automobilwirtschaft sollte der neue MFR insbesondere den Ausbau einer flächendeckenden europäischen Lade- und Tankinfrastruktur für klimaneutrale Antriebe sowohl im Individual- als auch im Güterverkehr unterstützen. Daneben sollten schwerpunktmäßig der Aufbau europäischer Ökosysteme für Halbleiter und Batterien (inkl. seltener Rohstoffe) gefördert werden.

Eine direkte Beteiligung der Regionen an EU-Programmen soll sichergestellt werden. Dies gilt insbesondere für die Kohäsionspolitik, die die einzige Investitionspolitik der EU mit einem ortsbezogenen Ansatz (place-based approach) und speziell auf die regionale, also subnationale Ebene ausgerichtet ist.

Die Förderung aller Regionen, auch der wirtschaftsstarken Regionen, durch die Kohäsionspolitik muss weiterhin ermöglicht werden. Die wirtschaftsstarken Transformationsregionen müssen stärker berücksichtigt werden.

Das Programm Interreg sollte in den drei bewährten Strängen grenzüberschreitend (A), transnational (B) und interregional (C) fortgeführt werden.

Bei den unterschiedlichen Förderprogrammen gibt es aus baden-württembergischer Sicht viel Potenzial für einen Abbau von Bürokratie in Form einer Vereinfachung und Entlastung bei den Verfahren.

Die EU kann ihren Aufgaben nur gerecht werden, wenn zu deren Finanzierung neue Eigenmittelressourcen geschaffen werden – denkbar wären hier zum Beispiel die EU-ETS Einnahmen (auch um eine Finanzierungsgrundlage für die Förderungen von Projekten zur Dekarbonisierung im EU-Haushalt zu verankern).

Mit dem Positionspapier werden zentrale Anliegen der Landesregierung an die EU-Institutionen herangetragen, um im Vorfeld des Vorschlags der EU-Kommission und während der nachfolgenden Verhandlungen Einfluss zu nehmen.

Gespräch mit EU-Botschafter Clauß auf Einladung von Ministerpräsident Kretschmann mit weiteren Regierungsmitgliedern

Der Kabinettsitzung vorgelagert fand auf Einladung von Ministerpräsident Winfried Kretschmann am 4. Februar 2025 ein Gespräch von Mitgliedern der Landesregierung mit dem Ständigen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der EU, Botschafter Michael Clauß, statt. In einem offenen Austausch ging es um zentrale Fragen der Europapolitik. Gesprächsthemen waren u.a.: Geopolitische Positionierung der EU zwischen USA und China, Industriepolitik mit dem Schwerpunkt Automobil, neues Wettbewerbspaket der EU-Kommission (Wettbewerbskompass, Clean Industrial Deal, Bürokratieabbau), Mehrjähriger Finanzrahmen nach 2027 sowie Anliegen an die neue Bundesregierung.

High Level-Gespräch zur Zukunft des Automobilsektors und Chips/KI sowie Gespräch mit EU-Kommissarin Sachariewa zur Zukunft der EU-Forschungspolitik

In einem High Level Gespräch von Ministerpräsident Winfried Kretschmann und weiteren Mitgliedern der Landesregierung mit Vertreterinnen und Vertretern der EU-Kommission stellte Ministerpräsident Kretschmann das 10-Punkte-Papier „Den Automobilstandort Deutschland und Europa mit klarer Agenda stärken und Arbeitskräfte sichern“ vor. Das Papier stieß auf großes Interesse bei den hochrangigen Gesprächspartnern aus den Kabinetten und den Dienststellen der EU-Kommission. Baden-Württemberg bringt sich damit in den Strategiedialog der EU-Kommission zur Zukunft der Automobilindustrie ein, den die EU-Kommission am 30. Januar 2025 offiziell gestartet hat.

Ebenso ist es gelungen das Ansiedlungsvorhaben rund um die Forschungseinrichtung imec in Baden-Württemberg, die am 31. März 2025 auf der Hannover Messe offiziell verkündet wurde, bereits in den Gesprächen als relevanten Baustein für die Automobilwirtschaft und den Strategiedialog zu platzieren. Zudem wurde dafür geworben, die Anliegen aus dem 10-Punkte-Papier im angekündigten „Clean Industrial Deal“ und „EU Industrial Action Plan for the automotive sector“ zu berücksichtigen. Im Gespräch mit EU-Kommissarin Ekaterina Sachariewa, zuständig für Start-Ups, Forschung und Innovation, unterstrichen Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Ministerin Petra Olschowski MdL die Notwendigkeit eines eigenständigen europäischen Forschungsprogramms und die Verdoppelung der Mittelausstattung (im Vergleich zu Horizon 2020-2027).

Bundesrat

Entschließung des Bundesrats zum 3. Jahrestag des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine

Auf Initiative Baden-Württembergs und in Zusammenarbeit mit Nordrhein-Westfalen hat der Bundesrat in seiner 1051. Sitzung am 14. Februar 2025 eine Entschließung des Bundesrats zum 3. Jahrestag des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine mit großer Mehrheit gefasst (BR-Drs. 62/25 Beschluss). 13 Länder traten der Entschließung als Antragsteller bei. Der Bundesrat hatte bereits zum 1. und 2. Jahrestag des Angriffs auf das gesamte Gebiet der Ukraine durch Russland Entschließungen verabschiedet.

Die Entschließung bekräftigt die Verurteilung des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und die Aufforderung an Russland zur Einstellung jeglicher Angriffshandlungen und den Rückzug aus der Ukraine. Der Bundesrat begrüßt die

Sanktionen gegen die Russische Föderation und spricht sich für deren konsequente Umsetzung aus. Darüber hinaus würdigt die Entschließung die Fortschritte der Ukraine in ihrem EU-Beitrittsprozess und die großen Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen bei der Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine sowie Maßnahmen der Bundesregierung zum militärischen Schutz und zur Unterstützung der Wärme- und Stromversorgung in der Ukraine. Die Entschließung unterstreicht außerdem die Rolle von (makro-)regionalen und lokalen Partnerschaften sowie die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine auf deren Nachbarstaat die Republik Moldau.

Virtuelle gemeinsame Sitzung der EU-Ausschüsse des Bundesrats und der ukrainischen Werchowna Rada

Am 14. März 2025 fand auf Einladung von Ministerpräsident Winfried Kretschmann in seiner Funktion als Vorsitzender des Ausschusses für Fragen der EU des Bundesrates ein virtueller Austausch mit dem EU-Integrationsausschuss des ukrainischen Parlaments statt. Als externer Gast nahm der Vorsitzende des EU-Ausschusses des Bundestags, Dr. Anton Hofreiter MdB, an der Sitzung teil. Thematisiert wurde insbesondere die aktuelle Lage in der Ukraine und der Beschluss zum 3. Jahrestag des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine (BR-Drs. 62/25 Beschluss), die von den ukrainischen Ausschussmitgliedern positiv aufgenommen wurde. Ministerpräsident Kretschmann hob die zahlreichen Unterstützungsleistungen der Länder durch regionale und lokale Partnerschaften, gemischte Regierungskommissionen sowie im Zuge der makroregionalen Strategien hervor. Man unterstütze die Ukraine insbesondere durch Verwaltungskompetenz, Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Wirtschaft und Wissenschaft und der polizeilichen Sicherheit und Justiz. Hierdurch würden auch wertvolle Impulse für den Wiederaufbau der Ukraine gesetzt. Die gemeinsame Sitzung knüpft an einen ersten Austausch der beiden Ausschüsse am 13. April 2022 an, der nur wenige Wochen nach Kriegsbeginn durchgeführt werden konnte.

II. Laufende europapolitische Themen

Ausschuss der Regionen

Am 19./20. Februar 2025 nahm Staatssekretär Florian Hassler an der konstituierenden Plenartagung für die achte Mandatsperiode des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) in Brüssel teil. Höhepunkt der Sitzung war die Wahl der neuen AdR-Präsidentin Katta Tüttö, stellvertretende Bürgermeisterin von Budapest, und des Ersten Vizepräsidenten Juan Manuel Moreno Bonilla, Re-

gionalpräsident von Andalusien. Aufgrund der engen Zusammenarbeit von Baden-Württemberg und Andalusien unterstützte Staatssekretär Hassler die Wahl Morenos nachdrücklich.

Bei der Debatte mit dem Präsidenten des Europäischen Rats, António Costa, begrüßte Staatssekretär Hassler, dass die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit ganz oben auf der Agenda der EU stehe. Er wies auf die tiefgreifende Transformation in den wirtschaftsstarke Regionen der EU hin und forderte insbesondere für die Transformation der Automobilwirtschaft Unterstützung der EU.

Ebenfalls um die Automobilwirtschaft ging es bei einem Treffen der Automotive Regions Alliance mit dem EU-Kommissar für nachhaltigen Verkehr und Tourismus, Apostolos Tzitzikostas, am Rande der AdR-Plenartagung. Staatssekretär Hassler begrüßte den auf EU-Ebene eingeführten Strategischen Dialog zur Zukunft der Automobilwirtschaft und forderte, dass dieser auch nach Vorlage des EU-Aktionsplans für die Automobilwirtschaft weitergeführt werden sollte. Zudem brachte er die Anliegen aus dem 10-Punkte-Papier der Landesregierung zur Stärkung des Automobilstandorts in die Debatte ein.

Am Rande der AdR-Sitzung führte Staatssekretär Hassler Gespräche zum Thema Mehrjähriger Finanzrahmen nach 2027 und zur Zukunft der Automobilwirtschaft. Dabei unterstrich er die Positionen des Landes erneut vor allem gegenüber Vertreterinnen und Vertretern der EU-Kommission.

Konsultationen des RegionalHub-Netzwerks

Das Staatsministerium hat im Rahmen seiner Mitarbeit im Regional Hubs-Netzwerk (RegHub) des Ausschusses der Regionen (AdR) im 1. Quartal 2025 an der dritten Konsultation zu den Strategieplänen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) teilgenommen.

Mit dieser Umfrage des Netzwerks regionaler Hubs soll Bilanz aus den in der Verordnung über die GAP-Strategiepläne vorgesehenen Evaluierungen gezogen und der Beitrag bewertet werden, den die Regionen zur Einsetzung von Begleitausschüssen gemäß Artikel 124 der Verordnung (EU) 2021/2115 geleistet haben. Die Ergebnisse dieser Konsultation werden in die Stellungnahme einfließen, die der AdR derzeit für die Plattform „Fit for Future“ der EU-Kommission zur GAP erarbeitet. Wie auch bei den früheren Stellungnahmen der Plattform wird die EU-Kommission ihre Antwort und Folgemaßnahmen im Rahmen der jährlichen Aufwandserhebung veröffentlichen.

Europapolitische Gespräche und Veranstaltungen

Gespräch mit Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission Séjourné

Am 16. Januar 2025 empfingen Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Staatssekretär Florian Hassler den Exekutiv-Vizepräsidenten der EU-Kommission für Wohlstand und Industriestrategie, Stéphane Séjourné, zu einem Gespräch über die Transformation der Automobilwirtschaft in Stuttgart. Ministerpräsident Kretschmann begrüßte den von der EU-Kommission angekündigten Strategiedialog über die Zukunft der Automobilwirtschaft und teilte die Erfahrungen und Erfolge aus dem baden-württembergischen Strategiedialog. Zudem schilderte Ministerpräsident Kretschmann die momentan schwierige Situation der Automobilindustrie. Er forderte eine flexible Lösung bei den drohenden Strafzahlungen für die Unternehmen aufgrund der verschärften CO₂-Flottengrenzwertereulierung sowie eine vorzeitige Überprüfung der Verordnung. Dabei machte er deutlich, dass der Hochlauf der Elektromobilität in der EU wieder Auftrieb bekommen müsse, um global wettbewerbsfähig zu bleiben. Dafür benötige es die erforderlichen Rahmenbedingungen von der EU, wie beispielsweise einen flächendeckenden Ausbau der Ladeinfrastruktur, einen besseren Netzausbau, günstigere Preise für Ladestrom, Rohstoffpartnerschaften für den Aufbau einer Batteriewirtschaft sowie eine stärkere Förderung im Bereich Forschung und Innovation. Exekutiv-Vizepräsident Séjourné kündigte im Gespräch an, diese Punkte im „Clean Industrial Deal“ sowie im EU-Aktionsplan für die Automobilwirtschaft aufzugreifen.

Gespräch mit dem Generalkonsul der Ukraine Nykytiuk

Ministerpräsident Winfried Kretschmann traf zusammen mit Staatssekretär Florian Hassler den Generalkonsul der Ukraine, Yurii Nykytiuk, am 17. Januar 2025 zum Antrittsbesuch. Gesprächsthemen waren insbesondere die aktuelle Lage in der Ukraine, die Unterstützung aus Deutschland und der Ausbau der Zusammenarbeit des Landes mit der Ukraine. Ministerpräsident Kretschmann betonte im Rahmen des Gesprächs die Solidarität Baden-Württembergs und das hohe Interesse des Landes am Aufbau einer Zusammenarbeit im Wirtschaftsbereich, die auf den Wiederaufbau der Ukraine abzielt.

Besuch des Regionalpräsidenten von Andalusien Moreno

Im Rahmen der im Oktober 2023 begründeten Energie- und Klimapartnerschaft zwischen Baden-Württemberg und Andalusien hat Ministerpräsident Winfried Kretschmann am 23. Januar 2025 Präsident Moreno sowie Minister Jorge Paradela, den andalusischen Minister für Industrie, Energie und Bergbau, in der

Villa Reitzenstein empfangen. Neben einem bilateralen Austausch wurde ein Aktionsplan unterzeichnet, um die Zusammenarbeit im Bereich der Wasserstoffwirtschaft weiter zu konkretisieren. Wichtigste Punkte des Aktionsplans betreffen die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie für den Wasserstoffexport von Andalusien nach Baden-Württemberg, die Stärkung der interregionalen Wertschöpfungsketten, die gegenseitige Teilnahme an Wasserstoff-Messen sowie die Förderung der Mobilität zwischen den Hochschulgemeinschaften.

An der Unterzeichnung sowie an dem Austausch nahmen Ministerin Thekla Walker MdL sowie Staatssekretär Florian Hassler teil. Die Delegation hat auch das Porsche-Werk in Zuffenhausen besucht. Minister Jorge Paradela hatte Stuttgart bereits im Oktober 2024 besucht. Teil dieses ersten Besuches war die erste gemeinsame Kommissionssitzung Baden-Württemberg und Andalusien am 11. Oktober 2024 zur Umsetzung der gemeinsamen Absichtserklärung.

Veranstaltung der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland zum Thema Wettbewerbsfähigkeit

Am 6. Februar 2025 organisierte die Vertretung der EU-Kommission in Deutschland zusammen mit dem Europa Zentrum Baden-Württemberg eine Veranstaltung zum Thema „Wettbewerbsfähig trotz Dekarbonisierung? – Ein neuer Plan für nachhaltigen Wohlstand in Europa“ in Stuttgart. Staatssekretär Florian Hassler erläuterte in seinem Grußwort wie die momentan tiefgreifende Transformation der Industrie durch verschiedene globale Verwerfungen erschwert werde. Er machte deutlich, dass der Weg der Dekarbonisierung der richtige sei, dieser jedoch auch eine gewisse Flexibilität benötige. Dass die neue EU-Kommission die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit ganz oben auf die Agenda gesetzt habe, begrüßte er. Um dies zu erreichen, bringe sich die Landesregierung proaktiv in Brüssel ein und fordere u.a. eine Modernisierung des EU-Beihilferechts, eine Bürokratieentlastung insbesondere für KMUs, eine Stärkung der EU-Förderung für Forschung und Innovation sowie ambitionierte Handels- und Rohstoffabkommen. Anschließend diskutierten Barbara Gessler, Vertreterin der EU-Kommission in Deutschland, Ministerin Thekla Walker MdL, Prof. Dr. Oliver Falck, Leiter des ifo Zentrums für Industrieökonomik und neue Technologien und Katharina Göbel, Geschäftsführerin Europapolitik von Unternehmer Baden-Württemberg.

Gespräch mit der Vertreterin der EU-Kommission in Deutschland Gessler

Am 6. Februar 2025 empfing Staatssekretär Florian Hassler die Vertreterin der EU-Kommission in Deutschland, Barbara Gessler, im Rahmen ihrer Stuttgartreise in der Villa Reitzenstein. Staatssekretär Hassler legte im Gespräch das europapolitische Engagement und die Europaöffentlichkeitsarbeit der Landesregierung dar. Dabei warb er für den Erhalt der sechs EuropeDirect Informationszentren in Baden-Württemberg (mindestens) sowie eine dafür ausreichende Fördersumme auch in der nächsten Förderperiode. Zudem nutzte Staatssekretär Hassler den Austausch, die Anliegen des Landes im Bereich Wettbewerbsfähigkeit und Industriepolitik sowie für den Mehrjährigen Finanzrahmen nach 2027 zu unterstreichen.

Gespräch mit der Direktorin der GD Haushalt der EU-Kommission Canenbley

Staatssekretär Florian Hassler führte am 19. Februar 2025 ein Gespräch mit Christiane Canenbley, Direktorin der EU-Kommission in der Generaldirektion Haushalt. Thema des Gesprächs war die Zukunft des Mehrjährigen Finanzrahmens nach 2027 (MFR) und die Anfang Februar 2025 veröffentlichte Roadmap der EU-Kommission zum Zeitplan zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR). Ein Schwerpunkt des Gesprächs war dabei die Positionierung aus Baden-Württemberg zum MFR, die in der auswärtigen Kabinettsitzung am 4. Februar 2025 in Brüssel beschlossen wurde sowie das Trilemma des neuen MFR: Einerseits neue Prioritäten, andererseits die Forderung der Mitgliedstaaten, die bestehenden Programme nicht zu kürzen und drittens die Rückzahlung der Next Generation EU Schulden, die im Rahmen der Coronavirus-Krise aufgenommen wurden. Anfang Juli 2025 veröffentlicht die EU-Kommission die ersten Entwürfe zum nächsten MFR.

Gespräch mit dem Botschafter des Vereinigten Königreichs Mitchell

Am 21. März 2025 fand in der Landesvertretung in Berlin der Antrittsbesuch von S.E. Andrew Mitchell, Botschafter des Vereinigten Königreiches von Großbritannien, mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann statt. Thema des Gesprächs war u.a. die enge Zusammenarbeit des Landes mit Großbritannien, insbesondere über das BW-UK Office in London, die Wirtschaftspartnerschaft des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus sowie die Hochschul- und Forschungsk Kooperationen und gemeinsame Aktivitäten beim Ausbau erneuerbarer Energien und beim Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft. Ein herausragendes Beispiel ist das erste deutsch-britische High-Tech-Projekt des „British Accelerator“ in Stuttgart. Hingewiesen wurde auch auf die sehr gute regionale Zusammenarbeit Baden-Württembergs mit Schottland und Wales. Beide Seiten signalisierten

auch großes Interesse an den Verhandlungen über einen bilateralen Deutsch-Britischen Vertrag. Vor dem Hintergrund des 1. UK-EU-Gipfel in London am 19. Mai 2025 wurde zudem die Sicherheitspolitik und die Verteidigungsindustrie in Baden-Württemberg thematisiert.

Reisen

Reise des Ministerpräsidenten nach Liechtenstein

Am 28. Februar 2025 fand die eintägige Delegationsreise von Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Staatssekretär Florian Hassler nach Liechtenstein statt. Im Rahmen der Reise fanden Gespräche mit Regierungschef Dr. Daniel Risch sowie dem amtierenden Staatsoberhaupt, Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein, statt. Zudem erfolgte ein Austausch mit der Geschäftsführung der Hilti AG, einem der weltweit größten Hersteller von Elektrowerkzeugen. Die Delegation besichtigte das Innovationszentrum des Unternehmens. Ziele der Reise waren die Vertiefung der erfolgreichen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Liechtenstein sowie die Fokussierung aktueller Themen in der Bodenseeregion, insbesondere im Hinblick auf den diesjährigen Vorsitz Baden-Württembergs bei der Internationalen Bodenseekonferenz.

Delegationsreise nach Japan und in die Republik Korea

Unter der Leitung von Minister Winfried Hermann MdL und Staatssekretär Florian Hassler fand vom 22. bis 29. März 2025 eine Delegationsreise nach Japan und in die Republik Korea statt. Ziel der Delegationsreise war der Austausch mit den Automobilstandorten in Japan und der Republik Korea und der Vertiefung Zusammenarbeit mit beiden Ländern auch als Demokratien und Wertepartner. Fachliche Schwerpunkte lagen auf dem autonomen Fahren, der Verkehrssteuerung sowie intelligenter und vernetzter Mobilität, auch unter Einsatz von KI. Die Reise diente zudem zur Diversifizierung im Rahmen der avisierten Asien-Pazifik-Leitlinien. Im Rahmen von politischen Gesprächen mit dem japanischen Vize-Minister für Verkehr und in den Außenministerien beider Länder wurden insbesondere die strategische Planung, der Ausbau der Lade-Infrastruktur, die Bedeutung klimaneutraler Kraftstoffe sowie die Stärkung der Wirtschaftssicherheit thematisiert.

Im Rahmen der Landespartnerschaft mit der Präfektur Kanagawa, die im letzten Jahr ihr 35-jähriges Jubiläum feierte, wurde die Delegation von Gouverneur Kuroiwa empfangen. Zudem konnte mit einem Workshop zu intelligenten Verkehrssystemen und Mobilitätslösungen in städtischen Gebieten der fachliche Austausch weiter vertieft werden. Die Republik Korea will bis 2050 klimaneutral

werden und präsentierte sich als fortschrittliches Land mit hoher Innovationskraft. Deutlich wurde eine große Offenheit für eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit Baden-Württemberg. Mit dem Besuch des Seoul AI Hub und des Tübingen Center for Korean Studies an der Korea University konnte dabei an bestehende Kooperationen des Cyber Valley und der Universität Tübingen angeknüpft werden.

Im Rahmen der Delegationsreise hat Ministerialdirektor Stefan Krebs für das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen mit der Korea Internet & Security Agency (KISA) eine Gemeinsame Absichtserklärung unterzeichnet, um eine Kooperation in den Bereichen Cybersicherheit und digitale Transformation zu etablieren.

Dynamischer Europapool

Jubiläum „25 Jahre Dynamischer Europapool“

Der Dynamische Europapool wurde im Jahr 2000 eingerichtet und besteht nunmehr seit 25 Jahren. Das Staatsministerium hat dieses Jubiläum zum Anlass genommen, im Rahmen eines mündlichen Berichts in der Kabinettsitzung am 11. Februar 2025 über die stetige Weiterentwicklung des Pools zu informieren und einen Ausblick auf die kommenden Jahre zu geben.

Europaöffentlichkeitsarbeit

Kooperationen mit den Europe Directs in Baden-Württemberg

Am 27. März 2025 fand das Webinar „EU made in BW“ als Nachlese zur Veranstaltung „World-Café“ der Europe Directs in Baden-Württemberg statt. Bei der Online-Diskussion haben die baden-württembergischen Abgeordneten des Europaparlaments Michael Bloss (Grüne/EFA), René Repasi (SPD/S&D) und Andrea Wechsler (CDU/EVP) mit rund 44 Teilnehmenden über die Themen Sicherheit, Wirtschaft, Wettbewerbsfähigkeit, Zusammenarbeit im Parlament unter den Fraktionen, Rechtsruck und Schwierigkeiten vor allem im Bereich Energie- und Klimapolitik diskutiert. Im Februar 2025 fand das jährliche Treffen mit den baden-württembergischen Europe Directs statt, das zur Jahresplanung und Koordinierung gemeinsamer Veranstaltungen und Projekten dient.

Europa-Puzzle auf Reisen

Das Europa-Puzzle des Staatsministeriums wird weiterhin an Schulen in Baden-Württemberg verliehen. Insgesamt konnten bislang über 3.000 Schülerinnen und Schüler aus mehr als 100 verschiedenen Klassen im Alter zwischen sechs

und 17 Jahren auf spielerische Weise das Konzept der EU „begreifen“. Dieses Jahr war das Puzzle bereits an einer Schule und hat rund 180 Schülerinnen und Schüler erreicht.

III. Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit

Internationale Bodensee-Konferenz (IBK)

Den Auftakt im IBK-Vorsitzjahr Baden-Württembergs machte am 24. Januar 2025 die Sitzung der erweiterten IBK-Troika. Die erweiterte Troika, derzeit bestehend aus Appenzell Innerrhoden, Zürich, Vorarlberg und Baden-Württemberg, bereitet die Sitzungen des Ständigen Ausschusses vor und kümmert sich um die strategischen Themen der IBK.

Im Anschluss an die Sitzung fand ein gemeinsames Treffen mit dem Steuerungsausschuss der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz (IPBK) statt, an dem Staatssekretär Florian Hassler und der Vizepräsident des Landtags, Daniel Born MdL, teilgenommen haben. Anwesend waren auch Vertreter der Parlamente aus Zürich und Appenzell Innerrhoden. Der Landtag von Baden-Württemberg hat im IBK-Vorsitzjahr Baden-Württembergs den Vorsitz in der IPBK inne. Bereits im Jahr 2018 haben die IBK und die IPBK eine gemeinsame Erklärung zur Entwicklung der Bodenseeregion und einer engeren Zusammenarbeit beider Gremien beschlossen. Bei dem gemeinsamen Austausch ging es insbesondere um die thematischen Schwerpunkte der beiden Vorstände.

Baden-Württemberg wird sich in seinem Vorsitzjahr länder- und regionenübergreifend mit dem Thema Wasserstoff beschäftigen. Wasserstoff ist nicht nur für die Entwicklung Europas hin zu einem klimaneutralen Kontinent von großer Bedeutung, sondern insbesondere auch für die Transformation der Hochtechnologiestandorte am Bodensee. Vor diesem Hintergrund fand am 13. März 2025 bei der IHK-Hochrhein-Bodensee in Konstanz der Workshop „Wasserstoffversorgung in der internationalen Bodenseeregion“ statt. Fachexperten haben sich mit Akteuren aus Politik, Verwaltung, Energiewirtschaft, Industrie und Kommunen über den Stand der Entwicklungen und insbesondere über die grenzüberschreitenden Bedarfe mit dem Ziel ausgetauscht, den Wasserstoffhochlauf in der Region erfolgreich voranzutreiben.

Am 14. März 2025 fand die erste Sitzung des Ständigen Ausschusses unter dem Vorsitz Baden-Württembergs statt. Der Ständige Ausschuss ist das operative Organ der IBK. Ihm gehören die obersten Funktionsträgerinnen und -träger (Amtschefs) der Verwaltungen der zehn Mitgliedsländer und Mitgliedskantone an. Inhalt der Sitzung waren insbesondere Schwerpunkthemen des Vorsitzjahres (u.a. Wirtschaftsraum Bodensee, Wasserstoffversorgung, invasive Arten).

Makroregionale Strategien

EU-Strategie für den Donaauraum (EUSDR)

Am 12. Februar 2025 fand auf Einladung des Staatsministeriums ein Neujahrsempfang mit rund 25 Vertreterinnen und Vertreter des Netzwerkes Zivilgesellschaft EUSDR statt. Das Netzwerk ist ein seit 2011 aktiver, selbstorganisierter Zusammenschluss und verbindet baden-württembergische Nichtregierungsorganisationen, die sich überwiegend im sozial-karitativen Sektor im Donaauraum engagieren. Staatssekretär Florian Hassler würdigte die Arbeit und das Engagement des Netzwerkes. In einer anschließenden Gesprächsrunde tauschte er sich zu den Themenblöcken Demokratie im Donaauraum, Jugend und EU-Förderprogramme aus. Er betonte die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft, um die EU-Beitrittskandidaten in Südosteuropa/Westbalkan auf ihrem Weg „bottom-up“ zu unterstützen.

Die Interministerielle Arbeitsgruppe (IMA) zu den makroregionalen EU-Strategien tagte unter Leitung von Staatssekretär Florian Hassler am 13. Februar 2025. Es fand ein Austausch zum Engagement und Initiativen der Ressorts in der Donaauraumstrategie, sowie auch der Alpenraumstrategie statt. Ausgewählte Projekte und zahlreiche Aktivitäten wurden sichtbar gemacht.

Am 6. März 2025 fand der 10. Donaualon statt. Das Staatsministerium richtete gemeinsam mit der Botschaft von Bosnien und Herzegowina und mit Unterstützung der Landesvertretung Berlin die Jubiläumsausgabe der Veranstaltung aus. Bosnien und Herzegowina hat 2025 die Präsidentschaft der EUSDR inne. Es nahmen rund 500 Gäste teil, darunter Staatssekretär Dr. Patrick Rapp MdL, Botschafterinnen und Botschafter der Donaualänder und hochrangige Politikerinnen und Politiker. Staatssekretär Rudi Hoogvliet hielt die Eröffnungsrede. Anschließend hatte Botschafter Damir Arnaut das Wort. An der Podiumsdiskussion zum Thema „Die Zukunft des Donaualraums und die Bedeutung der EU-Makrostrategien“ nahmen Catalina Cullas, Botschafterin und Beauftragte für die Beziehungen zu den Mitgliedstaaten der EU im Auswärtigen Amt, Dr. Mirza Kršo, Mitglied im Präsidium der Zentralbank von Bosnien und Herzegowina, Anja Quiring, Regionaldirektorin Südosteuropa beim Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. und Adnan Ćerimagić, Senior Analyst Westlicher Balkan bei der Europäischen Stabilitätsinitiative teil. Zudem präsentierten sich Donaualinstitutionen und Donaualänder mit Ständen und es gab eine Fotoausstellung zum Donaualdelta, welche im Rahmen eines Förderprojektes der Baden-Württemberg Stiftung gemeinsam mit Jugendlichen entstand. Das musikalische Rahmenprogramm wurde vom Pianisten Ivan Galić sowie der Band Vernesa Berbo und die Balkan Boys gestaltet.

Im Februar 2025 hat das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen den Mitgliedern der Steuerungsgruppe des Prioritätsbereich 10 „Institutionelle Kapazitäten und Kooperation“ die im letzten Jahr durchgeführte EU-Katastrophenschutz-Großübung „Magnitude“ vorgestellt. Ein weiterer Bericht auf einer EUSDR-Konferenz zum Thema Katastrophenrisikomanagement ist für April geplant.

EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP)

Anfang des Jahres haben das Fürstentum Liechtenstein und Österreich den Co-Vorsitz der EUSALP übernommen. Das Motto der Präsidentschaft lautet „Zusammenarbeit stärkt Wandel“. Die Schwerpunkte sind die Mobilitäts- und Energiewende im Alpenraum sowie die Transformation des Bausektors hin zur Kreislaufwirtschaft. Am 4. Februar 2025 wurde zur Kick-off-Veranstaltung nach Vaduz eingeladen sowie zu einem Executive Board Meeting am 5. Februar 2025. Den Einladungen folgte auch die Nationale Koordinatorin im Staatsministerium.

Unter Beteiligung des Staatsministeriums traf sich das Executive Board der EUSALP am 17./18. März 2025 in Wien. Themen waren u.a. der aktuelle Stand der Revision des Aktionsplanes, die Jugendbeteiligung und die Fortführung des technischen Sekretariats der EUSALP. Ein über das Interreg Alpine Space Programm gefördertes Projekt hat den Aufbau des Sekretariats sowie eines Koordinierungsrahmens unterstützt, jedoch endet der Förderzeitraum dieses Jahr. Um das Sekretariat fortführen zu können, wird derzeit an einem Nachfolgeprojekt unter Leitung der Région Sud gearbeitet.

Frankreich

Partnerschafts-Konzeption Baden-Württemberg und Frankreich

In der Sitzung des Ministerrats am 14. Januar 2025 wurden die unter der Federführung des Staatsministeriums umgesetzten und angestoßenen Maßnahmen sowie geplante Initiativen und Projekte der Ressorts vorgestellt. Der Bericht zeigte die Vielfalt der Projekte und Aktivitäten des Landes auf und griff dabei einzelne Leuchtturmprojekte heraus. Durch die Partnerschafts-Konzeption wird die Zusammenarbeit mit Frankreich dauerhaft gestärkt und gesteuert. Das Staatsministerium wird gemeinsam mit den Ressorts die bestehenden und geplanten Projekte (weiter-) entwickeln und stärken.

Grenzraumkonferenz 2025

In Ludwigsburg, einem geschichtsträchtigen Ort der deutsch-französischen Freundschaft, vereinbarten Baden-Württemberg und die Region Grand Est bei der dritten „Grenzraumkonferenz“ am 30./31. Januar 2025 eine Vertiefung ihrer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Die französische Delegation bei dieser Regierungskonsultation wurde von Regionalpräsident Franck Leroy und dem Regionalpräsidenten Jaques Witkowski, die baden-württembergische Delegation von Ministerpräsident Winfried Kretschmann angeführt. Im Fokus der Gespräche stand der Ausbau der Kooperation in Sachen grenzüberschreitende Mobilität, Geothermie, Wasserstoff, Bioökonomie, Forschung und Sicherheit/Katastrophenschutz. Ministerpräsident Kretschmann und Präsident Leroy unterzeichneten gemeinsam zwei Positionspapiere zur Zukunft der EU-Kohäsionspolitik und zu Interreg Oberrhein. Letzteres müsse als finanzielle Grundlage für zahlreiche grenzüberschreitende Erfolgsprojekte auch weiter dezentral unter Einbeziehung regionaler Stakeholder entwickelt werden.

Vier Motoren für Europa

Gespräch der Vier Motoren mit Enrico Letta

Am 11. März 2025 fand im Rahmen der lombardischen Präsidentschaft der Vier Motoren für Europa ein Gespräch mit dem Präsidenten des Jacques-Delors-Instituts und früherem italienischen Ministerpräsident Enrico Letta zu seinem Bericht zur Zukunft des EU-Binnenmarkts statt. Staatssekretär Florian Hassler machte deutlich, dass der Binnenmarkt für exportorientierte Regionen wie Baden-Württemberg und die Partner der Vier Motoren für Europa eine Erfolgsgeschichte sei. Er wies auch auf die Transformation hin, die die innereuropäischen und globalen Marktveränderungen mit sich bringen. Wichtig sei es, die europäische Forschungs- und Innovationspolitik weiter zu stärken und die Beihilferegulungen auch für wirtschaftsstarke Region zu erleichtern. Ferner müsse die Kohäsionspolitik auch künftig von den Regionen umgesetzt werden.

Wichtige Aspekte für die Vier Motoren für Europa aus Sicht von Enrico Letta seien die Fortsetzung der Kohäsionspolitik als Investitionspolitik auch für starke Regionen, die Schaffung einer Kapitalmarktunion und der Ausbau der grenzüberschreitenden Infrastruktur, insbesondere für Hochgeschwindigkeitszüge.

Interreg Oberrhein

Bei seiner Sitzung am 26. Februar 2025 in Straßburg genehmigte der Begleitausschuss Interreg Oberrhein die aus 19 Projekten bestehende Shortlist des themenübergreifenden Projektauftrags 2024, für den ein Fördervolumen von max.

22,3 Mio. Euro vorgesehen war. Von den 38 eingereichten Anträgen wurden die 19 bestplatzierten Projektideen eingeladen, einen Vollertrag auf EU-Förderung zu stellen. Sollte die Antragstellung erfolgreich verlaufen, können die ersten Projekte im Juli 2025 genehmigt werden. Der Begleitausschuss genehmigte zudem ein neues Projekt zur Förderung der grenzüberschreitenden Rehabilitation für Menschen mit psychischen Erkrankungen und Beeinträchtigungen. Um dem im Laufe der Programmumsetzung festgestellten Kooperationsbedarfen noch besser zu entsprechen und insbesondere die Mittel für Projekte im Bereich des Klimawandels und der Energie- und Umweltwende aufzustocken, hat der Begleitausschuss außerdem beschlossen, bei der EU-Kommission eine Änderung der Programmstrategie zu beantragen. Diese Änderung würde in einer Umschichtung der EU-Mittel zwischen den einzelnen Prioritäten des Programms bestehen. Eine Entscheidung der EU-Kommission wird im Frühjahr 2025 erwartet.

IV. Entwicklungspolitik

Schwerpunkte der entwicklungspolitischen Arbeit im Staatsministerium blieben auch im 1. Quartal 2025 die Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg, der Agenda 2030 der Vereinten Nationen (inkl. Sustainable Development Goals/SDGs) und des Pariser Klimaabkommens. Dabei stand die Landespartnerschaft mit Burundi im Vordergrund. Am 30. Januar 2025 fand in Stuttgart die Eröffnung der „Académie de l’Amitié“ („Akademie der Freundschaft“) statt, an der u.a. die burundische Botschafterin S.E. Annonciata Sendazirasa und Staatssekretärin Gisela Splett teilnahmen. Die Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart leitet das Vorhaben zusammen mit der Evangelischen Akademie Bad Boll. Die Akademie will die Menschen beider Länder einander näherbringen, Dialog auf Augenhöhe ermöglichen und langfristige Beziehungen anstoßen. Insgesamt neun Tandems zu Themen, wie Journalismus, Gesundheit und Friedensarbeit, haben sich bereits gefunden. Die Tandems werden sich sowohl in Baden-Württemberg als auch in Burundi begegnen und im Berufsalltag begleiten. Im Burundi-Cluster Governance, das der Städtetag Baden-Württemberg und die Verwaltungshochschule Kehl koordinieren, hat ein Pilotprojekt Fahrt aufgenommen, das die besten Absolvierenden des Deutsch-Zentrums an der Universität Burundi im Bereich Pflege in Deutschland weiterqualifiziert. So hat ein erster Absolvent seine Ausbildung am Krankenhaus in Stockach begonnen.